



## Antrag

der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### Saatgutverunreinigung mit gentechnisch manipuliertem Rapssaatgut

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird gebeten, in der 3. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages einen Bericht über Ursachen, Auswirkungen und Schlussfolgerungen hinsichtlich der Vermarktung und der Aussaat mit gentechnisch manipuliertem Rapssaatgut verunreinigten landwirtschaftlichen Saatgutes zu geben. Dabei soll auch auf die Situation im europäischen Kontext bzw. auf Bundesebene eingegangen werden.

Bei dem Bericht soll u. a. auch auf folgende Fragen eingegangen werden:

1. Welche Rolle spielt der schleswig-holsteinische Saatzuchtbetrieb, der das verunreinigte Saatgut aus Kanada bezogen hat?
2. Ist definitiv ein Anbau dieses verunreinigten Saatgutes in Schleswig-Holstein auszuschließen? Wenn ein Anbau in Schleswig-Holstein erfolgt ist, welche Maßnahmen gedenkt die Landesregierung zu ergreifen?
3. Aus welchen Gründen erfolgte die, wie es scheint, verspätete Information der Öffentlichkeit durch die Herstellerfirma Adventa Seeds und durch Bundes- bzw. Landesbehörden?
4. Welche konkreten Gründe liegen der gentechnischen Verunreinigung des konventionellen Rapssaatgutes zugrunde? Wie könnten diese Fehler zukünftig vermieden werden?
5. Wie wird die Gesamtproblematik der ungewollten Kreuzbestäubung im Rapsaatenbau und im Rapsanbau für die Zukunft bewertet?
6. Wie bewertet die Landesregierung in Hinsicht auf Verbraucher- und Gesundheitsschutz, Qualitätssicherheit für die Landwirtschaft und Naturschutz die aktuelle bundespolitische Diskussion über den Umgang mit dem bereits ausgesäten

verunreinigten Saatgutes?

7. Welche Handlungsmöglichkeiten bei der Genehmigung von Freisetzen gentechnisch veränderter Pflanzen hat die Landesregierung, um in begründeten Fällen ökologische und finanzielle Schäden der Landwirtschaft zu verhindern?
8. Wie schätzt die Landesregierung die bestehenden rechtlichen Sanktionsmöglichkeiten bei der Verfolgung vorsätzlicher Verunreinigung von Saatgut ein?
9. Welche Entschädigungsansprüche sieht die Landesregierung für Landwirte, die unwissentlich in den Besitz von verunreinigtem Saatgut gekommen sind, bzw. die Schäden durch die Durchkreuzung anderer Aussaaten zu verzeichnen haben?

Begründung:

Am 18.05.2000 wurde bekannt, dass mit genmanipuliertem Saatgut verunreinigtes konventionelles Rapssaatgut seit vermutlich zwei Jahren unwissentlich in Deutschland, Großbritannien, Schweden und Frankreich ausgesät worden ist. Über die Ursachen für die Verunreinigung gibt es unterschiedliche Vermutungen. Die Zahlen über den Grad der Kontaminierungen schwanken ebenfalls.

Laut Presseberichterstattungen wissen die deutschen Behörden seit dem 03.04.2000 von dem gentechnisch verunreinigten Raps, die Saatgutfirma Adventa Seeds habe Mitte April des Jahres europaweit an den Handel appelliert, den weiteren Verkauf ihres verunreinigten Saatgutes zu stoppen. Es handelt sich bei dem Gen-Saatgut um eine in der EU nicht zugelassene herbizidresistente Gentech-Sorte des Monsanto-Konzerns.

Falls bereits im vergangenen Jahr beispielsweise in Großbritannien entsprechende Rapserten verarbeitet worden sind, stellt sich aufgrund der vielseitigen Verwendung von Rapsprodukten, z. B. in Margarine, in Verbraucherschutzsicht die Frage, wie mit dem in der EU nicht für den Anbau zugelassenen Monsanto-Rapsprodukten umzugehen ist. Auch aus Sicht der landwirtschaftlichen Interessenvertretung ist es problematisch, wenn ein Landwirt ggf. über mehrere Jahre hinweg über die Qualität des Saatgutes im unklaren gelassen worden ist, dieses kann zu Vermarktungsproblemen führen und damit zu wirtschaftlichen Einbußen. Der Themenkomplex verdeutlicht die Schwierigkeit, eine Garantie auf ein gentechnikfreies Produkt vor dem Hintergrund des Gesundheitsschutzes geben zu können.

Auch wenn nach ersten Untersuchungen in Schleswig-Holstein kein verunreinigtes Saatgut angebaut worden ist, so macht insbesondere der internationale Handel mit Lebensmitteln eine Befassung mit der Thematik auch in Schleswig-Holstein notwendig.

Friedrich-Carl Wodarz  
und Fraktion

Irene Fröhlich  
und Fraktion